

**Rede zu „Energieeffizienz und Solarenergienutzung in der Bauleitplanung“
von Sabine Morgenroth
am 8. 05. 2009**

Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

Für meine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringe ich folgenden Antrag ein:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung der Stadt Göttingen wird beauftragt zu prüfen,

1. welche Anforderungen zur Umsetzung an eine energieeffiziente und solare Bauleitplanung auf den Ebenen der Flächennutzungs- und Bebauungsplanung sowie städtebaulicher Verträge für Göttingen verbindlich festgesetzt werden können und
2. welche rechtlich teilweise noch umstrittenen Festsetzungen modellhaft aufgenommen werden könnten, um ggf. eine rechtliche Klärung herbeizuführen.

Zur Begründung:

Der vorgelegte Antrag beschäftigt sich wiederum mit einer wichtigen Facette der übergeordneten Frage: Welche Handlungsmöglichkeiten hat eine Kommune zur drastischen Reduktion klimaschädlicher Gase, insbesondere des CO₂?

Heute möchte ich diesen Antrag einordnen in eine Gesamtschau der realen Handlungsfelder einer Kommune:

- Da haben wir nach Angaben des Umweltbundesamtes zunächst die Energiewirtschaft, die mit 45,5 % am meisten CO₂ emittiert. Hier liegen die kommunalen Einflussmöglichkeiten im Wesentlichen in einer Veränderung des Nutzerverhaltens der Zielgruppen Privathaushalte, Gewerbebetriebe und Industrie. Dies ist ein Aufgabenfeld der kommunalen Energieagentur, die meine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der konsequenten Unterstützung unseres Oberbürgermeisters und der anderen hier im Rat vertretenen Fraktionen auf den Weg gebracht haben.
- Dann haben wir mit 20,6 % der CO₂-Emissionen den Verkehr. Davon entfallen 83 % auf den Straßenverkehr. Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten liegen hier in der Aufstellung und Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans. An dieser Stelle müssen wir uns streiten über die Bedeutung und Zulässigkeit des Vorrangs des Autoverkehrs versus anderer Mobilitätsmöglichkeiten. Aus Sicht meiner Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen müssen wir uns überdies darüber streiten, ob eine Verschiebung des sog. Modal Split tatsächlich in die ökonomische Katastrophe der Göttinger Innenstadt führen würde. Ist es nicht eher die tief liegende Angst vor Veränderung? In Freiburg hat man derartige Konzepte längst umgesetzt und die Freiburger Innenstadt floriert.

- Ein weiteres konkret mögliches kommunales Handlungsfeld liegt in der Stadtentwicklungspolitik. Wo es geht, müssen nach Auffassung meiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Wohnen und Arbeiten nahe zusammengelegt werden.
- Dann haben wir Möglichkeiten bei den städtebaulichen Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich der Energieeffizienz und Solarenergienutzung bei der Flächennutzungs- und Bebauungsplanung, bei städtebaulichen Verträgen und bei Vorhaben- und Erschließungsplänen. Hier wollen wir – und das ist der etwas juristisch trocken anmutende Antrag – alle derzeit juristisch anerkannten Festsetzungen treffen und verankern. Und dazu müssen wir sie erst einmal genau kennen lernen. Schließlich wollen wir ein herausragendes Musterbeispiel herausgreifen, um modellhaft eine juristisch umstrittene Frage in diesem Bereich zu klären, bei der es um den Grenzbereich zwischen Klimaschutz und Verhältnismäßigkeit geht.

Beim aktiven Klimaschutz müssen wir alle zusammen in allen angesprochenen Bereichen noch große Anstrengungen unternehmen, um unsere Ziele umzusetzen. Deshalb bitte ich alle Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen, diesen Antrag meiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu unterstützen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.